Stand: 16.12.2025 08:01:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9714

"Bezahlbarer Wohnungsbau: Standards überprüfen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9714 vom 27.01.2016
2. Beschluss des Plenums 17/9770 vom 28.01.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 28.01.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.01.2016 **Drucksache 17/9714**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Eberhard Rotter, Erwin Huber, Hans Herold, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Robert Brannekämper, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Guttenberger, Christine Haderthauer, Dr. Florian Herrmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Anton Kreitmair, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Hans Ritt, Heinrich Rudrof, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Dr. Harald Schwartz, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Georg Winter, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Bezahlbarer Wohnungsbau: Standards überprüfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für das Bauen (insbesondere Baurecht, Immissions- und Naturschutzrecht, technische Anforderungen), mit Ausnahme der Vorgaben für Brandschutz und Standsicherheit, mit dem Ziel einer Reduzierung überprüft werden, um neue Impulse für den Wohnungsbau zu generieren und Bauen wieder wirtschaftlicher zu machen.

Begründung:

Der Wohnungsbau bleibt in Bayern trotz zielgerichteter Förderprogramme hinter dem Bedarf zurück. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum und der Zustrom von Flüchtlingen erhöht den Druck zusätzlich. Gerade in den bayerischen Ballungsräumen und touristisch reizvollen Regionen sind neue Wohnungen zu bezahlbaren Mieten kaum noch zu bauen. Gerade auch Familien, deren Einkommen oberhalb der Sätze für eine Sozialwohnungsberechtigung liegt, haben oft große Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Aber nicht nur die Mieten sind teuer, es können sich auch nur noch wenige den Kauf einer eigenen Wohnung finanzieren.

Dies lässt sich v.a. darauf zurückführen, dass die bautechnischen, rechtlichen und steuerlichen Regelungen für den Wohnungsbau in den letzten Jahren immer weiter verschärft wurden, was die Kosten steigen und Bauen unwirtschaftlich werden lässt. Es muss wieder ein wirtschaftliches und realistisches Augenmaß zwischen Schutzstandards und effizientem Bauen gefunden werden. Kostendämpfungen sind dringend notwendig, daher müssen bestehende und geplante Standards überprüft und an ein realistisches Maß angepasst werden. Nur so lassen sich – neben steuerlichen Erleichterungen, die die CSU seit Jahren einfordert – die entscheidenden Impulse setzen, die der Wohnungsbau dringend benötigt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.01.2016 **Drucksache** 17/**9770**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Eberhard Rotter, Erwin Huber, Hans Herold, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Robert Brannekämper, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Guttenberger, Christine Haderthauer, Dr. Florian Herrmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Anton Kreitmair, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Hans Ritt, Heinrich Rudrof, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Dr. Harald Schwartz, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Georg Winter, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/**9714**

Bezahlbarer Wohnungsbau: Standards überprüfen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für das Bauen (insbesondere Baurecht, Immissions- und Naturschutzrecht, technische Anforderungen), mit Ausnahme der Vorgaben für Brandschutz und Standsicherheit, mit dem Ziel einer Reduzierung überprüft werden, um neue Impulse für den Wohnungsbau zu generieren und Bauen wieder wirtschaftlicher zu machen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Eberhard Rotter
Abg. Andreas Lotte
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Jürgen Mistol
Staatssekretär Gerhard Eck

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)
Bezahlbarer Wohnungsbau: Standards überprüfen (Drs. 17/9714)

Ich darf die Aussprache eröffnen und als Erstem Herrn Kollegen Rotter für die CSU-Fraktion das Wort erteilen.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich tut sich etwas im sozialen Wohnungsbau, und zwar erfreulicherweise nicht zu knapp. Dies gilt für den Freistaat Bayern ganz besonders, aber auch für den Bund. Wenn Sie das noch immer nicht realisiert haben sollten, empfehle ich Ihnen die draußen ausliegende Informationsbroschüre des Bayerischen Städtetages vom Januar 2016 mit der Überschrift "Bessere Förderung für den Wohnungsbau". Darin wird der Wohnungspakt Bayern ausdrücklich gelobt, der eine spürbare Verbesserung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit sich bringt. Erstmals werden echte Zuschüsse in der staatlichen Wohnraumförderung gewährt. Ein kommunales Förderprogramm wurde neu aufgelegt, das sich mit einer Zuschussförderung und einem vergünstigten Darlehen an Städte und Gemeinden richtet.

Staatliche Mittel allein werden allerdings bei Weitem nicht ausreichen. Wir müssen natürlich auch privates Kapital mobilisieren. Wir haben heute ein parlamentarisches Frühstück mit der Versicherungskammer Bayern gehabt. Sie sucht, wie auch andere, Anlagemöglichkeiten für ihr Geld. Da habe ich den sozialen Wohnungsbau wärmstens empfohlen. Diese Anlagemöglichkeit war der Kammer natürlich schon bekannt, und sie engagiert sich dort auch schon. Da gibt es allerdings gewisse EU-Probleme bezüglich Eigenkapitalunterlegung usw. Manche meinen nämlich, es sei eine riskante Anla-

ge, wenn man sich im sozialen Wohnungsbau engagiere. Dieser Überzeugung sind wir miteinander sicher nicht.

Dann geht es natürlich auch darum, Grundstücke zu mobilisieren. Hierzu kann ich ebenfalls ganz aktuell auf die Broschüre des Städtetages verweisen, in der es ausdrücklich heißt: Bezahlbarer Wohnraum lässt sich schaffen, wenn Grundstücke günstig mobilisiert werden. - Die Möglichkeiten der Baulandmobilisierung werden im Bayerischen Städtetag und in den Städten und Gemeinden intensiv diskutiert. Das ist sehr zu begrüßen. Ich gehe davon aus, dass es bei der intensiven Diskussion nicht bleiben wird, sondern auch Möglichkeiten gefunden werden müssen, wie man insbesondere für den sozialen Mietwohnungsbau Grundstücke mobilisieren kann.

Wohnungen müssen natürlich auch bezahlbar bleiben. Wir müssen bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Ich habe hier schon wiederholt auf das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen hingewiesen, zu dem sich vom Mieterbund über die Baugewerkschaft bis hin zum Bauindustrieverband die Player zusammengeschlossen und überlegt haben, welche Forderungen an die Politik gerichtet werden sollten, um Wohnungsbau bezahlbar zu machen.

Dazu gehört insbesondere – das ist das heutige Thema –, dass natürlich auch die Standards überprüft werden müssen; denn ein hoher Anteil der Kostensteigerungen der vergangenen Jahre ist auf die Standards zurückzuführen. Es gibt ja auch noch die normale Baukostensteigerung. Von daher können wir leider, obgleich wir mittlerweile die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in derselben Höhe haben, wie es zu Beginn der Neunzigerjahre der Fall war, deutlich weniger Wohnungen bauen, weil dies wesentlich teurer geworden ist.

Hier müssen wir ansetzen. Darum haben wir den Antrag gestellt, mit dem wir die Staatsregierung auffordern, sich dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für das Bauen, insbesondere im Baurecht, im Emissions- und Naturschutzrecht sowie bei den technischen Anforderungen, entsprechend verbessert werden, sodass neue Impulse

für den Wohnungsbau gegeben werden können und das Bauen insgesamt wirtschaftlicher gemacht werden kann.

Der Wohnungsbau in Bayern bleibt trotz zielgerichteter Förderprogramme hinter dem Bedarf zurück, und zwar völlig losgelöst von der aktuellen Herausforderung, dass wir viele Menschen zusätzlich unterbringen müssen. Dies gilt für Ballungsräume und die touristisch reizvollen Gebiete bereits seit vielen Jahren.

Gerade auch Familien – das ist mir seit Jahren ein besonderes Anliegen –, deren Einkommen oberhalb der Sätze für die Sozialwohnungsberechtigung liegt, haben oft große Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das sind diejenigen, die besonders leicht durch den Rost fallen. Deren Einkommen ist etwas zu hoch, als dass sie sich in die Schlange derjenigen einreihen könnten, die beim Wohnungsamt nachfragen, aber die hohen Mieten, die verlangt werden, nicht zahlen können. Gerade für diese Familien müssen wir also Lösungen finden.

Natürlich sind nicht nur die Mieten hoch, sondern der Wohnungsbau ist überhaupt teurer geworden. Deswegen können wir die betreffende Einkommensgruppe auch nicht auf einen Kauf verweisen. Trotz der momentan günstigsten Zinssätze, die wir je gehabt haben, kann man einen Kauf häufig nicht finanzieren. Das lässt sich auch darauf zurückführen, dass die bautechnischen, rechtlichen und steuerlichen Regelungen für den Wohnungsbau in den letzten Jahren immer weiter verschärft worden sind.

Die Sonder-AfA ist leider abgeschafft worden. Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir versucht, sie wieder einzuführen. Damit sind wir im Bundesrat leider gescheitert. Hier haben nicht nur die SPD-regierten Länder abgewinkt, sondern auch CDU-regierte Länder haben gesagt: Wir sind schon dafür, wenn uns der Bund den vollen Ausgleich zahlt. Hierzu war der Bund wiederum nicht bereit, weil er gesagt hat: Jeder muss in dem Umfang die Lasten tragen, wie er selber Steuereinnahmen hat.

Trotz des Scheiterns müssen wir immer wieder einen neuen Versuch starten, damit etwas getan wird; denn ohne private Geldanleger werden wir die großen Herausforderungen der nächsten Jahre nicht meistern können.

Dann geht es darum, ein wirtschaftliches, realistisches Augenmaß für die Schutzstandards und das effiziente Bauen zu finden. Wir müssen in der Tat alle Standards anpassen. Auszunehmen sind diejenigen Standards, die den Bereich der unmittelbaren Lebensbedrohungen ausmachen. Ich erwähne den Feuerschutz und die Standsicherheit. Aber auch da könnte man überlegen, ob die eine oder andere Vorschrift gelockert oder revidiert werden müsste. Da handelt es sich natürlich um Regelungen, bei denen es schwierig ist einzugreifen. Dennoch müssen wir uns hierum kümmern. Standards müssen überprüft und realistisch angepasst werden. Nach unserer Überzeugung werden sich so entscheidende Impulse ergeben, die mehr Wohnungsbau ermöglichen werden.

Der Verzicht auf EnEV-Anforderungen war leider nicht umzusetzen. Der Freistaat blieb hier einsam. Im Bundesrat lautete die Abstimmung auf 1 : 15. Die übrigen Länder waren zwar durchaus aufgeschlossen, haben sich aber offensichtlich vom Charme der Bundesbauministerin umdrehen lassen. Trotz dieses Ergebnisses dürfen wir nicht aufgeben, sondern werden in den nächsten Monaten einen neuen Anlauf unternehmen.

Es geht um eine Verringerung der Anforderungen der bayerischen Garagen- und Stellplatzverordnung oder um eine kritische Überprüfung der Abstandsflächenregelung in der Bayerischen Bauordnung. Generell geht es um die Überprüfung der Baustandards im sozialen Wohnungsbau in Richtung auf Vereinfachungspotenzial. Insbesondere möchte ich das in Bezug auf den sozialen Wohnungsbau sagen. Aber es sollte auch für den allgemeinen Mietwohnungsbau gelten. Ich habe ja vorhin diejenige Gruppe angesprochen, die im sozialen Wohnungsbau nicht zum Zug kommt, aber ebenfalls Wohnungen nachfragt.

Natürlich geht es auch um kommunale Auflagen, zum Beispiel bei Begrünung und Spielplätzen. Es geht um die Bayerische Kompensationsverordnung, bei der man ebenfalls darüber diskutieren kann, ob wir die Festsetzung der Ausgleichsflächen bei der Flächennutzung für die verdichtete Wohnraumentwicklung nicht vielleicht aussetzen könnten.

Alle Dinge müssen auf den Prüfstand, damit wir das erreichen können, was wir wollen, nämlich massiv mehr Wohnungsbau.

Ich zitiere abschließend noch einmal den Städtetag: "Die Wohnraumförderung ist nun auf einem richtigen und guten Weg."

Wenn wir die Überprüfung der Standards schaffen und privates Kapital generieren können, können wir, was den Wohnungsbau anlangt, die Herausforderungen bewältigen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Lotte das Wort erteilen.

Andreas Lotte (SPD): Verehrte Landtagspräsidentin, ich habe jetzt für die Opposition eine ungewohnte Rolle zu spielen: Ich muss den Kollegen Rotter von der CSU ausdrücklich loben.Sie haben das Thema aufgegriffen. Wir diskutieren es schon seit geraumer Zeit. Ich glaube, wir ziehen in dieser Frage gemeinsam an einem Strang.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): So ist es!)

Ich war gespannt, was die Intention des Antrags ist, und habe mir verschiedene Varianten überlegt, was die CSU in diesem Zusammenhang bringen könnte. Dem, was Herr Kollege Rotter vorgetragen hat, und dem, was in diesem Antrag formuliert ist, stimmen wir aus tiefster Überzeugung zu. Ich sage das gleich vorweg.

(Erwin Huber (CSU): Jessas na!)

- Herr Huber, noch ein Lob: Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass Herr Rotter nicht nur die Bundesgesetzgebung, sondern auch die Landesgesetzgebung und explizit die Verordnung angesprochen hat. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir müssen auf Bundesebene natürlich alle Verordnungen und Gesetze, gerade das Baurecht, durchforsten und entschlacken. Bundesbauministerin Hendricks hat schon Ende des letzten Jahres deutlich signalisiert, dass sie dies anpacken will. Wir müssen aber auch in Bayern anpacken. Insofern freut mich dieser Antrag wirklich.

Wenn wir über die soziale Wohnraumförderung sprechen, sollten wir auch die Gelegenheit nutzen, diese soziale Wohnraumförderung einmal kritisch auf den Prüfstand zu stellen. Damit meine ich nicht einmal die Höhe dieser Förderung. Ich könnte meine Forderung erneuern, dass wir dafür mehr Geld ausgeben könnten. Das will ich Ihnen aber heute ersparen. Ich sage vielmehr: Könnten wir nicht auch die Förderrichtlinien in Bayern entschlacken? Herr Kollege Rotter, ich habe von der Bauwirtschaft die Rückmeldung bekommen, dass man sich dort die Frage stellt: Lohnt sich der Sozialwohnungsbau überhaupt für uns? Auch wenn er sich lohnt, haben wir das Problem, dass die Beantragung der sozialen Wohnraumförderung wahnsinnig kompliziert ist.

Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Zuschussförderung. Diese wichtige Möglichkeit haben wir seit dem 1. Januar. Ich bin sehr froh, dass unser Innen- und Bauminister Herrmann zum Januar den Zuschuss angeglichen hat. Es ist wichtig, für die soziale Wohnraumförderung das Signal auszusenden, dass der Zuschuss für alle sozial Bedürftigen gleich ist und nicht zwischen den Zielgruppen unterschieden wird. Das war ein ganz wichtiger Punkt.

Herr Rotter, in einem Punkt muss ich Ihnen widersprechen: Leider geht es nicht mehr darum, dass der Wohnraum bezahlbar bleibt, sondern darum, dass er wieder bezahlbar wird.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten Jahren haben wir es leider versäumt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb müssen wir jetzt noch größere Kraftanstrengungen unternehmen, um das zu schaffen. Ich sage auch: Wir können das schaffen. Wir müssen dem Beispiel des Bundes folgen. Barbara Hendricks hat Ende des Jahres 2015 angekündigt, sie würde die Zuschüsse für die Wohnraumförderung verdoppeln. Anfang des Jahres 2016 hat sie erklärt, dass sie diese Zuschüsse gerne noch einmal verdoppeln würde. Hierzu wird es noch eine Diskussion in der Regierung geben. Wir hoffen, dass sich Frau Hendricks durchsetzt und dass diese Zuschüsse verdoppelt werden können. Damit würden diese Zuschüsse insgesamt vervierfacht. Ich hoffe außerdem, dass Herr Herrmann nicht nur diejenigen Mittel verbaut, die der Bund gibt, sondern selbst auch noch einmal eine ordentliche Schippe drauflegt. Erste positive Signale dafür gibt es bereits; das sage ich ausdrücklich. Wir müssen sehen, ob das reicht oder nicht. Das Problem ist erkannt. Ich freue mich, wenn wir dieses Problem gemeinsam angehen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Lotte. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für diesen Antrag. Er ist nicht neu. Wir haben zuletzt im Zusammenhang mit den Beratungen über den Nachtragshaushalt 2016 unter der Überschrift "Wohnungsbau in Bayern kraftvoll ankurbeln" verschiedene Aspekte zusammengefasst. Dazu gehört auch der heute in den Mittelpunkt gestellte Aspekt: Können wir den Bau durch eine Reduzierung von Standards verbessern? Was das Lob des Städtetages angeht: Der Städtetag hat von einem "richtigen Weg" gesprochen. Die Dimension der Aufgabe ist riesig. In anderen Bundesländern gibt es noch Vorbehalte. Ich habe die Hoffnung, dass bei diesem Thema in den nächsten Tagen und Wochen eine Priorisierung in Richtung Bedarfsdeckung für Wohnungssuchende erfolgt.

Vor dem Hintergrund der Debatten über die Flüchtlingszugangszahlen ist dieses Thema durchaus eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Ich rechne einmal die Zahlen ins Unreine: Im Jahr 2015 sind etwa eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Von diesen Flüchtlingen darf vielleicht die Hälfte dauerhaft dableiben. Nach dem Königsberger Schlüssel bleiben 15 % für Bayern. Das sind allein 75.000 Menschen.

(Florian von Brunn (SPD): Königsberger Klopse und Königsteiner Schlüssel!)

- Was habe ich gesagt? – 15 % für Bayern, ins Unreine gerechnet, sind das 75.000 Menschen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Stimmt genau!)

Wir haben aber die Situation, dass wir in Bayern ohnehin nicht genügend Wohnungen für wohnungssuchende Menschen haben. In Summe stehen wir also vor einer riesigen Aufgabe. Ich darf daran erinnern, dass Bayern im Jahr 1993 eine Spitzenzahl an Fördermitteln zur Verfügung gestellt hat, die wir bislang nicht wieder erreicht haben. Wenn wir zu diesen Mitteln von 1993 noch die Baukostenentwicklung hinzurechnen, wird klar, dass wir für die Finanzierung dieser Aufgabe in den nächsten Jahren noch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen müssen. Als weiterer wichtiger Aspekt sei erwähnt, dass daneben auch die Wiedereinführung der degressiven AfA und insgesamt steuerliche Anreize ein wichtiges Thema sind.

Wir haben ungefähr 1.500 DIN-Vorschriften, die für das Bauwesen einschlägig sind. Diese Zahl spricht eine deutliche Sprache und macht diesen Antrag der CSU unterstützenswert. Der Wohnungspakt Bayern umfasst 28.000 staatlich geförderte Wohnungen bis zum Jahr 2019. Wir loben diesen Wohnungspakt, aber er ist längst nicht ausreichend.

Wir müssen uns die Kostentreiber vor Augen führen. Ich nenne hier die Baulandpreise und natürlich die EnEV 2016, an der im Übrigen der damalige Wohnungsbauminister

Ramsauer nicht unmaßgeblich beteiligt war. Es ist notwendig, an dieser Stelle dieses Thema aufzuwerfen. Das sagen alle, die mit Baukalkulationen befasst sind. Diese Kostensteigerungen haben eine Größenordnung von etwa 7 % und erschweren es weiterhin, gut vermietbare Wohnungen zu schaffen. Wir wollen keinen zusätzlichen Wohnraum für besonders Begüterte schaffen, sondern für diejenigen, die sich hochpreisige Wohnungen nicht leisten können.

Ich nenne außerdem den Schallschutz und Vorgaben für Stellplätze und Begrünungen sowie steigende Qualitätsansprüche. Auch damit müssen wir uns auseinandersetzen. Wir haben somit ausreichende Ansatzpunkte für zusätzliche Unterstützungen. Möglicherweise könnten wir auch die Voraussetzungen schaffen, um eine weitere Beschleunigung bei der Aufstellung von Bauleitplänen und der Schaffung von Baurecht zu erreichen. Ich nenne noch einmal die Standards für Begrünungen, Spielplätze und Stellplätze. Das wurde schon gesagt. Die Garagen- und Stellplatzverordnung liegt in bayerischer Verantwortung. Darüber können wir diskutieren.

Ich hoffe, dass wir in einer gesamtgesellschaftlichen Debatte zu dem Ergebnis kommen, dass sich diese Normen zwar auf wichtige Aspekte beziehen, dass wir aber eine übergeordnete Herausforderung zu bewältigen haben. Der soziale Sprengstoff, der in der unzureichenden Wohnraumversorgung liegt, sollte für uns Anlass sein, über das eine oder andere liebgewordene Ziel spezifischer und fachlicher Interessenvertretung hinwegzukommen. Wir unterstützen den Antrag, und wir unterstützen die Arbeit. Herzlichen Dank dafür.

Lieber Herr Kollege Rotter, ich hoffe, dass Sie gelegentlich die CSU davon überzeugen können, auch unseren Anträgen zuzustimmen, mit denen wir das gleiche Ziel verfolgen. Hier haben Sie noch Nachholbedarf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank Kollege Muthmann. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Kollege Mistol das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE kämpfen nicht nur für einen nachhaltigen Wohnungsbau, sondern wollen auch bezahlbare Wohnungen. Da stellt sich die Frage, ob wir beide Ansprüche unter einen Hut bekommen. Kollege Lotte meinte, wir können es schaffen. Ich bin überzeugt, wir werden es schaffen. Wir schaffen das!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch ich bin der Auffassung, dass Vorschriften und Standards von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand gehören, um zu sehen, ob sie ihren Zwecken überhaupt noch gerecht werden. Was den Wohnungsbau angeht, ist die Überprüfung der Standards nur einer von vielen Bausteinen, um die dringend notwendigen Impulse für die Schaffung von mehr Wohnraum zu setzen.

Fakt ist, dass in den letzten zehn Jahren die wohnungspolitischen Weichen in Bayern falsch gestellt worden sind. Der soziale Wohnungsbau ist viel zu lange vernachlässigt worden. Diese Versäumnisse werden sich kurzfristig nicht so schnell beheben lassen. Deshalb brauchen wir ganz schnell ein Maßnahmenbündel, um den Wohnungsbau anzukurbeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Infolge der Zuwanderung sind von Bundestag und Bundesrat bereits Änderungen im Baurecht zur Erleichterung und Beschleunigung des Wohnungsbaus und der Wohnraumversorgung beschlossen worden. Inwieweit weitere Erleichterungen im Bauplanungsrecht vertretbar sind, gilt es in Abstimmung mit Bund und Ländern eingehend zu prüfen.

Die ersten Ergebnisse der Baukostensenkungskommission belegen, dass neben den Baulandpreisen vor allem die zunehmende Wohnfläche pro Kopf, also der Wohnbedarf pro Kopf, sowie die Ausstattungsmerkmale und die technischen Ausrüstungen die eigentlichen Kostentreiber im Wohnungsbau sind. Deshalb sollten insbesondere die

Möglichkeiten zur Kostensenkung und die Modifikation von Standards genauestens unter die Lupe genommen werden und, wenn es möglich und sinnvoll ist, auch umgesetzt werden. Allerdings sollten die baulichen Standards im engeren Sinne, also Brandschutz und Standsicherheit, nicht abgesenkt werden. In diesem Punkt bin ich mit Ihnen völlig d'accord, Herr Kollege Rotter.

Eine Absenkung energetischer Standards beim Wohnungsneubau lehnen wir GRÜNE aus ökonomischen und ökologischen Gründen ab. Künftiger Wohnungsbau kann aus unserer Sicht nur in Verbindung mit Klimaschutz geschehen; denn langfristig wird ein schlecht gedämmtes Gebäude für die Mieterinnen und Mieter zur Kostenfalle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz angeht, sind wir der Auffassung, dass es einer Neukonzipierung bedarf. Das ist von uns aus unumstritten. Ob wir dann bei der EnEV in Zukunft noch einmal draufsatteln müssen, sehe ich skeptisch. Aber ein Zurückdrehen kommt für uns nicht infrage.

Weiterhin ist es aus unserer Sicht erforderlich, das gesamte Normungswesen wieder verstärkt an der bewährten Praxis zu orientieren. Nach unserer Meinung müssen unabhängige Fachleute in diesen Normausschüssen tätig sein und weniger die Lobbyvertreter der Industrie, die stets mehr oder weniger interessengeleitet sind. Da bedarf es aus unserer Sicht einer grundlegenden Revision.

Ein großer Beitrag zur Kostensenkung kann durch die Flexibilisierung oder gar die Streichung der Stellplatzregelungen erreicht werden. Einen entsprechenden Vorstoß haben wir bereits vor zwei Jahren gemacht. Leider ist dieses Anliegen von Ihnen allen abgelehnt worden. Dabei gilt es doch längst als erwiesen, dass die gesetzliche Pflicht zur Schaffung von Stellplätzen als Kostentreiber vor allem beim öffentlich geförderten Wohnungsbau wirkt.

Noch eine Anmerkung, Herr Rotter: Sie sagten, ohne private Geldanleger werden wir die Herausforderung, was den Wohnungsbau in Zukunft angeht, nicht bewältigen können. Da sind wir ganz bei Ihnen. Bund und Länder verhandeln zurzeit über die Modalitäten. Ich kann nur dazu auffordern, sich bald zu einigen; es eilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, alles in allem begrüßen wir die Anliegen dieses Antrages und werden ihm deshalb auch zustimmen. Weil die Möglichkeiten zur Baukostenreduzierung generell aber eher begrenzt sein dürften, gilt es, mit Augenmaß an die ganze Sache heranzugehen und nicht leichtfertig oder voreilig irgendwelche sinnvollen Standards über Bord zu werfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank Herr Kollege Mistol. – Bevor ich dem Herrn Staatssekretär Eck die Gelegenheit gebe, für die Staatsregierung Stellung zu nehmen, darf ich auf der Tribüne herzlich eine Delegation des Landtags der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol unter der Leitung von Herrn Landtagspräsidenten Dr. Thomas Widmann begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Südtirol und Bayern verbindet seit Langem eine enge Freundschaft und eine Partnerschaft, die gerade auch auf parlamentarischer Ebene sehr gepflegt wird. Umso mehr freuen wir uns über unsere Gäste, die mit dem Präsidium des Hohen Hauses, mit Vertretern der Fraktionen und der Ausschüsse gestern und vorgestern Gespräche geführt haben.

Ich heiße Sie, geehrte Gäste, sehr herzlich willkommen hier in unserer Plenarsitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimreise, die Sie heute noch antreten werden. Herzlichen Dank für Ihren Besuch!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatssekretär Eck, ich danke Ihnen für Ihre Geduld. Sie haben jetzt das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will es nicht allzu lange machen und nur noch eine besondere Situation deutlich ansprechen. Ich bin überzeugt, dass es sich hier bei diesem Thema um einen Kraftakt unserer bayerischen Politik handelt. Deshalb will ich herzlich darum bitten, verschiedene Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen wurden, nicht ganz außer Acht zu lassen. Wenn wir heute über Normen reden, über aufgeblähte Apparate und gesetzliche Regelungen, möchte ich doch darauf hinweisen, dass wir über die Stellplatzregelung bereits im Jahre 2014 diskutiert und eine klare Entscheidung getroffen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: 13!)

In diesem Zusammenhang wurden wir dazu aufgefordert, sogar Stellplätze für Fahrräder zu schaffen. Da muss ich an dieser Stelle schon sagen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! – Wenn politische Gruppierungen einerseits von Entschlackung reden, aber andererseits solche Dinge fordern, dann passt das nicht zusammen.

Dass dieser Antrag nun gestellt worden ist, freut mich; denn wir bekommen dadurch enormen Rückenwind für unser Handeln und Tun. Herzlichen Dank dafür, dass das parteiübergreifend unterstützt wird.

Mit Blick auf das Naturschutzrecht, das Immissionsschutzrecht, die EnEV, das Baugesetzbuch und vieles mehr bitte ich, nicht zu vergessen, dass wir in Berlin zwar auf breiter Front kämpfen, aber oftmals völlig alleingelassen sind. Deshalb bitte ich die Fraktionen, sich in ihren Reihen dafür einzusetzen und vielleicht die große Güte zu besitzen, unsere Vorschläge ein Stück weit mitzutragen, damit wir die entsprechenden

Weichenstellungen vornehmen können. Das wäre für uns die Grundvoraussetzung, um die exorbitanten Preissteigerungen in den Griff zu bekommen.

Ich will noch eine Zahl ansprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen von einem Kraftakt gesprochen. Ich will damit unser Tun unterstreichen. Minister Herrmann und ich haben in allen sieben Regierungsbezirken Baukonferenzen abgehalten und die Problematik auf breitester Front bis hinunter zur kommunalpolitischen Ebene diskutiert. Darin waren sowohl die Kirchen und die freie Wirtschaft als auch Ämter- und Behördenvertreter einbezogen. Im Rahmen des Wohnungspakts Bayern werden allein für die erste Säule 70 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.Damit wollen wir circa 3.300 Wohnungen schaffen. Was uns besonders freut: Es sind bereits 14 Projekte sind am Laufen, ein Projekt wird bereits im Frühjahr fertiggestellt.

Ich meine, das sind ganz tolle Situationen. Wenn man von der Beschlussfassung vom Oktober ausgeht – jetzt schreiben wir Januar –, dann sind das ausgezeichnete Voraussetzungen.

Wenn Sie die zweite Säule, die Kommunen, betrachten, dann stellen Sie fest: Die Kommunen können nach Bedarf völlig selbstständig entscheiden. Dort stehen bis 2019 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Damit sollen bis zu 1.500 Wohnungen erstellt werden, nicht nur für Flüchtlinge, wie am Anfang diskutiert worden ist, sondern damit soll ganz breit sozialer Wohnungsbau ermöglicht werden. Das ist ausgezeichnet.

Wichtig ist mir – darum möchte ich es auch noch ansprechen –: Auch die Modernisierung von Bestandswohnungen wird gefördert. Die Umnutzung von anderweitig genutzten Gebäuden wird gefördert bis hin zu Grunderwerb und auch Abbruchmaßnahmen, die für Wohnungsbaumaßnahmen nötig sind. Ich meine, wir sind hier ausgezeichnet aufgestellt.

Ein letzter Satz dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen: 2,6 Milliarden Euro – die Summe ist noch nicht angesprochen worden – sollen im Wohnungspakt Bayern in den nächsten Jahren investiert werden für bis zu 28.000 Wohnungen. Ich denke, das sind Vorhaben, die man schon ein Stück weit auch mit Stolz diskutieren kann. Vielen herzlichen Dank! Wir werden all die Gedanken, die angesprochen worden sind, obwohl wir in Bayern schon drei Novellierungen über die Bühne gebracht und damit entschlackt haben, aufnehmen und werden sie in unsere weitere Arbeit einfließen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9714 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.